

**Tagesordnung I Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 02.02.2005**

Vorlage Nr. 05-F-20-0001

***Solidarität mit Opfern der verheerenden Flutkatastrophe in Südostasien  
Wiesbaden leistet seinen Beitrag zu wirksamer und dauerhafter Wiederaufbauhilfe  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN vom 25.01.2005 -***

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die spontane Hilfsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger für die Flutopfer in Südostasien und die vielfältigen Anstrengungen von Institutionen, Vereinen und Einzelpersonen rasch wirksame Soforthilfe zu organisieren und Spenden hierfür zu sammeln.
2. Die Stadtverordnetenversammlung sieht die Notwendigkeit nachhaltige, international, national und regional abgestimmte Wiederaufbauhilfe für die von der Flutkatastrophe betroffenen Regionen zu leisten. Hierzu will auch die Landeshauptstadt Wiesbaden ihren Beitrag leisten. Dies kann nur bei guter Vorbereitung gelingen, die sicherstellt, dass die Hilfe zielgerichtet erfolgt und vor Ort effizient umgesetzt wird.
3. Der Magistrat wird gebeten, in Abstimmung mit der Servicestelle ‚Kommunen in der Einen Welt‘, dem Deutschen und Hessischen Städtetag sowie dem ‚Rat der Gemeinden und Regionen Europas‘ einen Vorschlag vorzulegen, der zeigt, auf welche Region oder Gemeinde in Südostasien sich die Unterstützung der Landeshauptstadt Wiesbaden in den kommenden Jahren konzentrieren sollte, wie die zugehörige Patenschaft institutionell abzusichern ist und welche konkreten Projekte es dabei zu bewältigen gilt.

---

**Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

3. Der Magistrat wird gebeten, in Abstimmung mit der Karl-Kübel-Stiftung sowie der Koordinierungsstelle „Wiederaufbau Asien“ der Organisation „INWENT – Kommunen in der einen Welt“ zu klären, inwieweit die Stadtverordnetenversammlung über die konkrete Verwendung des von Wiesbaden erbrachten Spendenaufkommens tatsächlich entscheiden kann, und der Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag vorzulegen, welche einzelnen Projekte in einer bestimmten Region oder Gemeinde von Wiesbaden im Interesse der Flutopfer besonders unterstützt werden sollten.

**Beschluss Nr. 0049**

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.01.2004 betr.

Solidarität mit Opfern der verheerenden Flutkatastrophe in Südostasien  
Wiesbaden leistet seinen Beitrag zu wirksamer und dauerhafter Wiederaufbauhilfe

wird unter Einbeziehung des gemeinsamen Änderungsantrages von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Punkt 3. in folgender Form angenommen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die spontane Hilfsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger für die Flutopfer in Südostasien und die vielfältigen Anstrengungen von Institutionen, Vereinen und Einzelpersonlichkeiten rasch wirksame Soforthilfe zu organisieren und Spenden hierfür zu sammeln.
2. Die Stadtverordnetenversammlung sieht die Notwendigkeit nachhaltige, international, national und regional abgestimmte Wiederaufbauhilfe für die von der Flutkatastrophe betroffenen Regionen zu leisten. Hierzu will auch die Landeshauptstadt Wiesbaden ihren Beitrag leisten. Dies kann nur bei guter Vorbereitung gelingen, die sicherstellt, dass die Hilfe zielgerichtet erfolgt und vor Ort effizient umgesetzt wird.
3. Der Magistrat wird gebeten, in Abstimmung mit der Karl-Kübel-Stiftung sowie der Koordinierungsstelle „Wiederaufbau Asien“ der Organisation „INWENT – Kommunen in der einen Welt“ zu klären, inwieweit die Stadtverordnetenversammlung über die konkrete Verwendung des von Wiesbaden erbrachten Spendenaufkommens tatsächlich entscheiden kann, und der Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag vorzulegen, welche einzelnen Projekte in einer bestimmten Region oder Gemeinde von Wiesbaden im Interesse der Flutopfer besonders unterstützt werden sollten.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 02.2005

**Dieser Beschluss ist in das Beschluss-  
management aufgenommen.**

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16-

Wiesbaden, .02.2005  
In Vertretung des Oberbürgermeisters

Dezernat I/LOB  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Stadtkämmerer